

richtungen, der politischen (Ausschluß von politischer Vertretung bei Wahlen) und sozialen (Verbot aller qualifizierten Berufe für »Nichtweiße«) Diskriminierung. Die A. wurde seit 1948 durch eine Reihe von Gesetzen entwickelt und stellt gegenwärtig das Ergebnis einer konterrevolutionären und antidemokratischen Entwicklung im Interesse des Weltimperialismus dar. Gegner der A. werden systematisch verfolgt und eingekerkert. Die A. wird von den progressiven Kräften in der ganzen Welt entschieden geächtet und verurteilt, in Afrika vor allem von der —<■ *Organisation der Afrikanischen Einheit* (OAU), die in der Beseitigung der A. eines ihrer Hauptziele sieht. Die —▶ *Organisation der Vereinten Nationen* (UNO) charakterisierte die A. als Verbrechen gegen die Menschlichkeit und verurteilte sie gleichzeitig als eine friedensgefährdende Politik. 1962 rief die UNO-Vollversammlung zu diplomatischen Sanktionen gegenüber dem Apartheid-Regime auf, 1964 verhängte der UNO-Sicherheitsrat ein Waffenembargo über die Republik Südafrika, und 1968 forderte die UNO alle Mitgliedstaaten zu einem weitergehenden generellen Boykott des Rassistenregimes auf. Während die sozialistischen Staaten diese Boykottbeschlüsse konsequent verwirklichen und zu den Initiatoren der internationalen Ächtung der A. gehören, unterhalten verschiedene imperialistische Staaten (besonders die USA, die BRD, Großbritannien und Frankreich) nach wie vor enge Beziehungen zur Republik Südafrika. Unter dem Druck der progressiven Kräfte in der ganzen Welt sowie angesichts der Krisenerscheinungen, die durch die A. verschärft werden, der Erfolge der —▶ *nationalen Befreiungsbewegung* in den afrikanischen Nachbarstaaten und des Anwachsens der Antipartheid-Bewegung im eigenen Lande sieht sich die rassistische Regierung der Repu-

blik Südafrika in letzter Zeit gezwungen, der A. durch demagogische Maßnahmen einen liberalen Anstrich zu geben, einige unwesentliche Beschränkungen für die afrikanische Bevölkerung aufzuheben und einigen Reservaten (Bantustans) die »staatliche Unabhängigkeit« zu verleihen. Dabei handelt es sich um einen Versuch, die nationale anticoloniale Bewegung Südafrikas zu spalten, sie an der tatsächlichen Übernahme der staatlichen Macht zu hindern und zu desorientieren. Ziel dieser Politik ist es, alle wesentlichen Teile des gegenwärtigen kolonialfaschistischen Systems in der Republik Südafrika zu retten. —*■ *Rassismus*

APO —<• *Grundorganisation der SED*

Äquivalentenaustausch: Austausch wertgleicher Waren mit verschiedenen Gebrauchswerten. Die Äquivalenz ist eine wesentliche Seite des —<■ *Wertgesetzes*. In der Warenproduktion privater Produzenten setzt sich der Ä. nur als blindwirkender Durchschnitt durch. Im Kapitalismus ist der Produktionspreis als modifizierte Form der Wertgröße Grundlage für den Ä. Hier vollzieht sich der Ä. auf Kosten der Arbeiter, der Bauern, der kleinen und mittleren Unternehmer und der Entwicklungsländer, z. B. durch die Preisschere zwischen Fertigerzeugnissen (Import) und Rohstoffen (Export). Er bringt den großen Monopolen sowie den imperialistischen Mächten zusätzlichen Profit (nichtäquivalenter Austausch). Der Kampf für den Ä. ist Teil des antiimperialistischen Kampfes, wie er u. a. auch in den Anstrengungen für die demokratische Umgestaltung der weltwirtschaftlichen Beziehungen zum Ausdruck kommt (—▶ *neue internationale Wirtschaftsordnung*). Im Sozialismus erfordert die konsequente Ausnutzung aller ökonomischen Gesetze des Sozialismus, insbesondere